

KARL-HEINZ GRASSER

Bundesminister für Finanzen

Himmelpfortgasse 4-8

A-1015 Wien

Tel. +43/1/514 33/1100 DW

Fax +43/1/512 62 00

GZ 040502/120-I/4/04

XXII. GP.-NR**1759 /AB****2004 -07- 14****zu 1757/J**Herrn Präsidenten
des Nationalrates

Dr. Andreas Khol

Parlament
1017 Wien

Wien, 14. Juli 2004

Sehr geehrter Herr Präsident!

Auf die schriftliche parlamentarische Anfrage Nr. 1757/J vom 14. Mai 2004 der Abgeordneten Mag. Hans Moser, Kolleginnen und Kollegen, betreffend das Agrarbudget und die Finanzierung der Agrarmarkt Austria (AMA), beehre ich mich Folgendes mitzuteilen:

Einleitend möchte ich festhalten, dass die Finanzierung der Agrarmarkt Austria (AMA) aus dem Kapitel 60 erfolgt. Zuständig für die Verwaltung der Mittel und damit für eine ausreichende Mittelausstattung der Agrarmarkt Austria (AMA) ist der Herr Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft. Diesem obliegt auch die Aufsicht über die Agrarmarkt Austria.

Ich darf daher um Verständnis ersuchen, dass ich nur zu jenen Aspekten der Anfrage Stellung nehme, die Eckpunkte der Budgeterstellung betreffen oder sich wesentlich auf die Gesamtverantwortung für das Budget richten.

Ich komme nun zur konkreten Beantwortung der einzelnen Fragen:

Zu 1. und 2.:

Inhaltlich ist vorweg festzustellen, dass lediglich Mittel der EU von Anlastungen (das sind Weigerungen der EU, von den Mitgliedstaaten auf Rechnung der EU getätigte Ausgaben zu erstatten) betroffen sein können.

In diesem Zusammenhang möchte ich besonders hervorheben, dass außer Österreich kein anderer EU-Mitgliedstaat darauf verweisen kann, bisher nicht von Anlastungen betroffen gewesen zu sein. Die Verwaltung der Agrargelder in Österreich ist daher als beispielhaft zu bezeichnen, wie dies auch von der Europäischen Kommission und dem Europäischen Rechnungshof wiederholt bestätigt wurde.

Zu 3. und 4.:

Die Agrarausgaben im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik werden vom Mitgliedstaat getätigt und nachträglich von der EU (EAGFL/Garantie) erstattet. Die Zahlungen der EU sind daher Rückflüsse im Bundeshaushalt. Anlastungen würden diese Rückflüsse mindern, welche im Kapitel 51 vereinnahmt werden.

Zu 5. und 6.:

Angesichts hoher veranschlagter Ermessensausgaben im Budgetkapitel 60 (Land- und Forstwirtschaft) ist ausreichender finanzieller Spielraum für eine angemessene Dotierung der Agrarmarkt Austria gegeben.

Zu 7.:

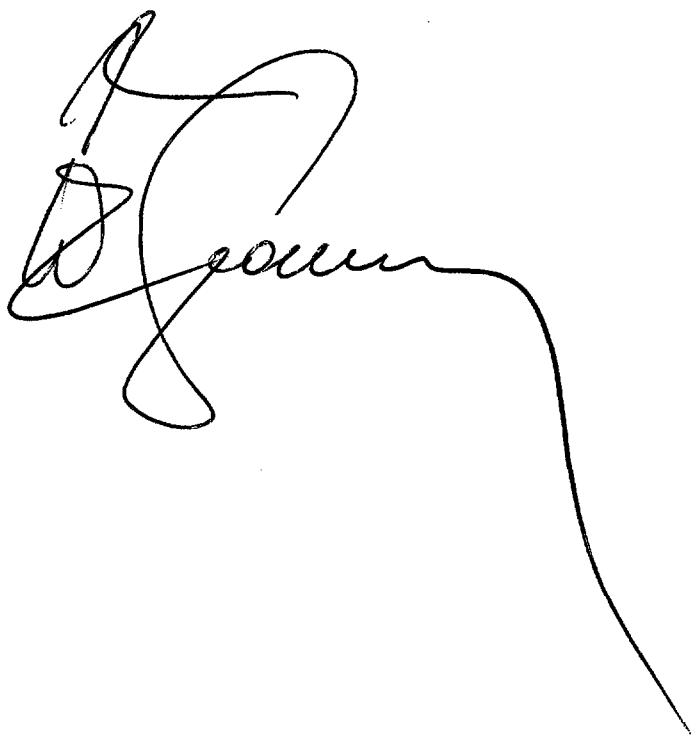
Über die Ressourcenbeschaffung entscheiden grundsätzlich die Organe der Agrarmarkt Austria bzw. das für die Aufsicht zuständige Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft, wobei die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit, Sparsamkeit und Zweckmäßigkeit zu be-

achten sind. Aus meiner Sicht sind dabei jedenfalls langfristige Belastungen des Bundeshaushaltes auszuschließen.

Zu 8. und 9.:

Seit dem EU-Beitritt werden sämtliche für Österreich erreichbaren Agrargelder abgeholt. Komplementäre Bundes- und Landesmittel sind nur im Bereich der kofinanzierten Förderung (ländliche Entwicklung) erforderlich, nicht aber im Bereich der gemeinsamen Agrarpolitik im engeren Sinn. Konkret werden in der laufenden Periode den EU-Mitteln für die ländliche Entwicklung in der Höhe von 423 Mio. Euro Bundesmittel in der Höhe von 254 Mio. Euro und Ländermittel in der Höhe von 169 Mio. Euro gegenübergestellt (Jahresdurchschnitt zu Preisen 1999; die tatsächlichen Zahlungen unterliegen jährlichen Schwankungen und einem Inflationsausgleich).

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, featuring a large, stylized initial 'A' followed by a series of loops and a long, sweeping tail that extends towards the bottom right of the page.